

Inhaltsverzeichnis

<i>Vorwort</i>	V
<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	XIX
<i>Literaturverzeichnis</i>	XXIII

1. Kapitel

Inhaltskontrolle (AGB-Kontrolle) von Arbeitsverträgen

A. Grundlagen	1
I. Ausgleich gestörter Vertragsparität	1
II. Systematik der Inhaltskontrolle im Arbeitsrecht	2
1. AGB-Kontrolle	2
2. Verbot der Gesetzesumgehung	3
3. Generalklauseln im BGB	3
4. Zwingendes Recht	5
III. AGB-Kontrolle im Arbeitsrecht gestern und heute	6
1. Alte Rechtslage	6
2. Neuregelung durch das „Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts“	7
3. Übergangsprobleme	8
a) Alt und Neuverträge	8
b) Anpassung an die neue Rechtslage bei „Altverträgen“	8
B. Anwendungsbereich der AGB-Kontrolle	9
I. Persönlicher Anwendungsbereich	9
1. Insbesondere: Arbeitnehmerähnliche Personen	10
2. Insbesondere: Geschäftsführerdienstverträge	10
II. Was sind Allgemeine Geschäftsbedingungen?	11
1. „Vorformulierte“ Vertragsbedingungen	12
2. „Für eine Vielzahl von Verträgen“	14
3. „Stellen“ der Vertragsbedingungen	15
4. Insbesondere: Sonstige Arbeitsvertragsbedingungen	15
5. Insbesondere: Gesamtzusagen	15
6. Insbesondere: Betriebliche Übung	16
7. Keine AGB: „Ausgehandelte“ Vertragsbedingungen	17
8. „Aushandlungsklausel“	18
9. Darlegungs- und Beweislast	19
III. Der Arbeitsvertrag als „Verbrauchervertrag“	20
1. Der Arbeitnehmer als „Verbraucher“	20
2. Rechtsfolgen der Anwendung des § 310 Abs. 3 BGB	21

IV.	Vorrang von Individualabreden	22
1.	Zweck der Regelung	22
2.	Insbesondere: Schriftformklauseln	22
3.	Insbesondere: „Betriebliche Übung“	24
V.	Für welche Vereinbarungen gilt die AGB-Kontrolle?	25
1.	Arbeitsverträge, Aufhebungsverträge und andere Verträge mit Arbeitnehmern	25
2.	Tarifverträge, Betriebs- und Dienstvereinbarungen	28
a)	Tarifverträge	28
b)	Betriebs- und Dienstvereinbarungen	28
3.	Kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien	29
VI.	Einzelvertraglich vereinbarte Geltung von Tarifverträgen	30
1.	Bedeutung von Bezugnahme- oder Verweisungsklauseln im Arbeitsvertrag	30
2.	AGB-Kontrolle der Bezugnahme (Verweisungsklausel)	32
3.	Dynamische Bezugnahme als „überraschende Klausel“	34
4.	Die Wirkung der dynamischen Bezugnahme/Verweisung	35
a)	Grundüberlegungen	35
b)	Unterschiedliche Wirkungen je nach Umfang der Bezugnahme	36
c)	Wirkungen der Dynamik bei Änderungen auf Arbeitgeberseite	37
d)	Sonderfall: Bezugnahme auf Tarifverträge des öffentlichen Dienstes	40
5.	„Öffnungsklauseln“ für Tarifverträge	42
6.	Unklarheitenregel und dynamische Verweisung auf Tarifvertrag	43
7.	Globalverweisung auf Tarifnormen	44
a)	Keine Inhaltskontrolle der Tarifnormen, auf die verwiesen wird	44
b)	Transparenzkontrolle der Tarifnormen, auf die verwiesen wird	45
8.	Einzelverweisung auf Tarifnormen	46
9.	Teilverweisung auf Tarifnormen	46
C.	Einbeziehungskontrolle	48
I.	Allgemeine Geschäftsbedingungen als Vertragsbestandteil	48
1.	Abgrenzung zur Inhaltskontrolle	48
2.	Einbeziehungsvereinbarung	48
3.	Bezugnahme auf nicht beiliegende Vertragsbedingungen	50
4.	Jeweiligkeitsklauseln	50
5.	Konkludente Einbeziehung	51
II.	Kein Vertragsbestandteil: Überraschende Klauseln	52
1.	Was sind „überraschende Klauseln“?	52
2.	Anwendungsfälle	54
a)	Ausgleichsquittung	54
b)	Ausschlussfristen	55
c)	Befristung	55
d)	Bezugnahme auf Tarifvertrag	56
e)	Vertragsstrafenklausel	56

D. Inhaltskontrolle	56
I. Prüfungsreihenfolge	56
II. Auslegung der Vertragsklauseln	57
1. Objektive Auslegung	57
2. Mehrdeutige Klauseln	59
a) Bedeutung der Unklarheitenregel	59
b) Rechtsfolgen im Prozess	60
III. Schutzzweck der Inhaltskontrolle	60
IV. Schranken der Inhaltskontrolle	61
1. Deklaratorische Klauseln	61
2. Normativ und einzelvertraglich geltende Kollektivverträge	62
3. Leistungs- und Gegenleistungsvereinbarungen	62
a) Kontrollfreiheit und Ausnahmen	62
b) Angemessenheitskontrolle der Höhe der Arbeitsvergütung	62
c) Tarifliche Entgeltregelungen als Maßstab	63
4. „Nebenabreden“ zum Arbeitsentgelt	65
V. Gerichtliche Kontrolle der Höhe der Arbeitsvergütung	65
1. Zivilrechtliche Generalklauseln als Kontrollinstrument	65
2. Strafgerichtliche Kontrolle von Vergütungsabreden	66
3. Handhabung der arbeitsgerichtlichen Vergütungskontrolle	67
4. Alternative Lösungsansätze	70
5. Sonderfall: Rechtsanspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung	71
a) Tarifvertragliche Regelungen der Ausbildungsvergütung	71
b) Einzelvertragliche Regelungen der Ausbildungsvergütung	72
c) Rechtsfolgen unangemessener Ausbildungsvergütung	73
VI. Maßstäbe und Leitlinien der Inhaltskontrolle	73
1. Generalisierender Prüfungsmaßstab	73
2. Berücksichtigung konkreter Begleitumstände	75
3. Abweichung vom Gesetzesrecht als „unangemessene Benachteiligung“	75
4. Kriterien der Angemessenheitskontrolle	78
a) Grundlagen	78
b) Einzelne Kriterien	78
VII. Transparenzgebot	80
1. Sinn und Zweck	80
2. Anwendung auf Arbeitsverträge	82
3. Transparenzgebot als Teil der Angemessenheitskontrolle	82
4. Anwendung auf Vergütungsvereinbarungen	83
5. Insbesondere: Einseitige Bestimmungsrechte	84
VIII. Berücksichtigung der im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten	85
1. Unsicheres Terrain	85
2. Rechtsprechung des BAG	87

E. Rechtsfolgen nicht einbezogener oder unwirksamer Vertragsbestimmungen	88
I. Fortbestand des Arbeitsverhältnisses	88
II. Verbot der geltungserhaltenden Reduktion	89
1. Sinn und Zweck	89
2. Geltung für Arbeitsverträge	90
III. Teilbare Klauseln	91
IV. Ergänzende Vertragsauslegung	92
V. Umgehungsverbot	93
F. Rechtsdurchsetzung	94
I. Keine Verbandsklage	94
II. Individualprozess	94
III. Rechte des Betriebsrats	95

2. Kapitel

Vertragsgestaltung durch das Weisungsrecht des Arbeitgebers

I. Die Arbeitsleistung als geschuldete Tätigkeit	96
II. Qualität der Arbeitsleistung	96
III. Vertragliche Festlegung der Arbeitsleistung	98
1. Inhalt der zu leistenden Arbeit	98
2. Arbeitszeit	98
3. Ort der Arbeitsleistung	100
4. Wechselnder Einsatzort	100
IV. Einseitige Leistungsbestimmung: Das Weisungsrecht des Arbeitgebers	101
1. Ausübung des Weisungsrechts nach billigem Ermessen	102
2. Umfang des Weisungsrechts	102
a) Inhalt der zu leistenden Arbeit	102
b) Arbeitszeit	103
c) Ort der Arbeitsleistung	105
d) Verhalten der Arbeitnehmer	106
3. Grenzen des Weisungsrechts	106
a) Vertragliche Begrenzung des Weisungsrechts	106
b) Kollektivrechtliche Begrenzung des Weisungsrechts	107
c) Gesetzliche Begrenzung des Weisungsrechts	107
4. Überprüfung des Weisungsrechts nach Zeitablauf	108
5. AGB-Kontrolle von Umsetzungs- oder Versetzungsklauseln	108
6. Tarifvertragliche Versetzungsklauseln	111
7. Besonderheiten im öffentlichen Dienst	111
V. Mitbestimmungsrechtliche Fragen	112
VI. Durchsetzung der Pflicht zur Arbeitsleistung	114

3. Kapitel

Vertragsgestaltungsmöglichkeiten beim Betriebsübergang

I. Voraussetzungen des Betriebsübergangs	115
1. Wechsel des Betriebsinhabers	117
2. Übergang durch Rechtsgeschäft	117
3. Maßgeblicher Zeitpunkt	118
4. Betriebsteilübergang	119
5. Einzelfälle	119
II. Rechtsfolge: Betriebserwerber als neuer Arbeitgeber	122
III. Arbeitsvertragliche Vereinbarungen im Zusammenhang mit einem Betriebsübergang	124
1. Aufhebungsvertrag	125
2. Änderungsvereinbarungen mit dem Betriebserwerber	126
IV. Geltung von Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen	127
1. Tarifierung aufgrund arbeitsvertraglicher Bezugnahmeklauseln	128
2. Kollektivrechtliche Fortgeltung bestehender Regelungen	129
3. Verdrängung durch kollektivrechtliche Regelungen beim Betriebserwerber ...	131
4. Individualrechtliche Weitergeltung von Kollektivnormen	132
V. Informationspflichten beim Betriebsübergang	133
1. Unterrichtsverpflichteter	134
2. Unterrichtsadressaten	134
3. Form und Zeitpunkt der Unterrichtung	135
4. Inhalt der Unterrichtung	136
5. Rechtsfolgen fehlerhafter Unterrichtung	140
VI. Widerspruchsrecht des Arbeitnehmers	140
1. Widerspruchsfrist und Form des Widerspruchs	140
2. Adressat des Widerspruchs	142
3. Rechtsfolgen des Widerspruchs	143
VII. Haftung des Betriebsveräußerers und des Betriebserwerbers	144
1. Grundsätze	144
2. Insolvenzrechtliche Besonderheiten: Haftungsbeschränkung zugunsten des Betriebserwerbers	144
VIII. Kündigungsschutz beim Betriebsübergang	145

4. Kapitel

Die Befristung von Arbeitsverträgen

A. Grundlagen	147
I. Tatsächliche Verbreitung von befristeten Arbeitsverträgen	147
II. Entwicklung der richterlichen und gesetzlichen Befristungskontrolle	147
1. Anwendungsbereich des TzBfG	148

2.	Befristungsregelungen außerhalb des TzBfG	149
a)	Gesetzliche Spezialregelungen	149
b)	Tarifvertragliche Befristungsregelungen	149
c)	Befristungsregelungen in Betriebsvereinbarungen	150
III.	Europarechtliche Vorgaben	150
IV.	Befristungsarten	151
1.	Zeitbefristung	151
2.	Zweckbefristung	152
3.	Doppelbefristung	152
4.	Keine Befristungsvereinbarungen	153
5.	Transparente Vertragsgestaltung	154
V.	Schriftform der Befristungsvereinbarung	154
1.	Anwendungsbereich	154
2.	Schriftliche Vereinbarung vor Arbeitsaufnahme	155
3.	Anforderungen an die Schriftform	157
4.	Mitteilung des Befristungsgrundes	157
5.	Rechtsfolge bei Verstoß gegen die Schriftform	159
VI.	Allgemeine Voraussetzungen der Befristungskontrolle	159
1.	Prüfungszeitpunkt	159
2.	Prüfungsgegenstand: Der letzte Arbeitsvertrag	160
a)	Ausnahme: Klage gegen die vorherige Befristung	160
b)	Ausnahme: Vereinbarung eines „Vorbehalts“	161
c)	Ausnahme: Unselbstständiger Annexvertrag	162
3.	Bedeutung der Dauer des befristeten Vertrages	162
VII.	Nachträgliche Befristung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses	163
VIII.	Befristung einzelner Arbeitsvertragsbedingungen	165
IX.	Vorzeitige Beendigung des befristeten Arbeitsvertrages	165
X.	Rechtsfolgen wirksamer Befristungsvereinbarungen	167
1.	Ende des befristeten Arbeitsvertrages	167
2.	Vertragliche Fortsetzung des befristeten Arbeitsverhältnisses	168
3.	Tatsächliche Fortsetzung des befristeten Arbeitsverhältnisses	170
XI.	Rechtsfolgen unwirksamer Befristungsvereinbarungen	172
B.	Allgemeine Arbeitgeberpflichten	173
I.	Diskriminierungs- und Benachteiligungsverbot	173
II.	Information über unbefristete Arbeitsplätze	175
III.	Aus- und Weiterbildung	175
C.	Mitwirkung des Betriebsrats oder Personalrats	176
I.	Information der Arbeitnehmervertretung gemäß § 20 TzBfG	176
II.	Mitbestimmungsrechte des Betriebsrats	176
III.	Mitbestimmungsrechte des Personalrats	177

D. Die auflösende Bedingung	179
I. Begriff der „auflösenden Bedingung“	179
II. Verminderte Erwerbsfähigkeit als auflösende Bedingung	180
III. Sonstige Einzelfälle	182
E. Die erleichterte Befristung: Befristung ohne Sachgrund	183
I. Normzweck	183
II. Kein Zitiergebot	184
III. Befristung ohne Sachgrund für alle Arbeitnehmer bis zur Dauer von zwei Jahren (§ 14 Abs. 2 TzBfG)	185
1. Dauer der Befristung, Verlängerungsmöglichkeiten	185
2. Keine „Vorbeschäftigung“ des Arbeitnehmers	187
a) „Derselbe“ Arbeitgeber	188
b) Fragerecht des Arbeitgebers	189
3. Auszubildende	189
IV. Befristung ohne Sachgrund in neu gegründeten Unternehmen (§ 14 Abs. 2a TzBfG)	190
1. Dauer der Befristung und Verlängerungsmöglichkeiten	190
2. Neu gegründetes Unternehmen	190
3. Verbot der Vorbeschäftigung	192
V. Befristung ohne Sachgrund mit älteren Arbeitnehmern (§ 14 Abs. 3 TzBfG)	192
VI. Verhältnis zu tariflichen Regelungen	194
F. Befristung mit Sachgrund	195
I. Vorübergehender Bedarf	195
1. Allgemeine Voraussetzungen	195
2. Beschäftigung von Leiharbeitnehmern	198
3. Projektbefristung	199
4. Kampagnen- und Saisonbetriebe	202
II. Befristung im Anschluss an eine Ausbildung oder ein Studium	203
III. Vertretung	204
IV. Eigenart der Arbeitsleistung	208
1. Programmgestaltende Mitarbeiter in den Medien	208
2. Künstler	209
3. Sportler und Sporttrainer	210
4. Andere Berufsgruppen	211
V. Erprobung	212
VI. Personenbedingte Befristung	213
1. Sozialer Überbrückungszweck	213
2. Erfordernis einer besonderen Erlaubnis	214
a) Beschäftigung von Ausländern	214
b) Wach- und Sicherheitsgewerbe	215
c) Fahrerlaubnis	216

3. Altersgrenzenvereinbarungen	216
a) Regelaltersgrenze	216
b) Vorzeitige Altersgrenzen	218
4. Studenten	220
5. Leitende Angestellte	221
VII. Haushaltsrechtliche Befristung	221
VIII. Gerichtlicher Vergleich	223
IX. Sonstige Befristungsgründe	224
1. Aus-, Fort- und Weiterbildung	225
2. Betriebsrats- und Personalratsarbeit	225
3. Drittmittel	225
4. Freihalten eines Arbeitsplatzes	226
5. Lehrer	227
6. Leistungen zur Eingliederung in Arbeit gemäß dem SGB II	228
7. Maßnahmen der Arbeitsförderung	229
8. Nebentätigkeit	230
9. Öffentlicher Dienst	230
10. Parlamentsfraktion	231
11. Übernahme von Auszubildenden	231
12. Verschleißtatbestände	231
13. Wunsch des Arbeitnehmers	232
G. Besondere gesetzliche Befristungsregelungen	232
I. Arbeitnehmerüberlassungsgesetz	233
II. Altersteilzeitgesetz	233
III. Arbeitsplatzschutzgesetz	233
IV. Berufsbildungsgesetz	234
V. Befristung gemäß § 21 BEEG	234
1. Voraussetzungen	234
2. Befristungsdauer	235
3. Vorzeitige Beendigung des Zeitvertrages	235
4. Arbeitsrechtliche Berücksichtigung der Freigestellten	236
VI. Ärzte in der Weiterbildung	236
1. Weiterbildung als sachlicher Grund	237
2. Dauer der Befristung	237
3. Nichtanrechnung von Zeiten	238
VII. Das Befristungsrecht an Hochschulen und Forschungseinrichtungen (Wissenschaftszeitvertragsgesetz)	238
1. Gesetzgebungsgeschichte	238
2. Anwendungsbereich	239
3. Zwingendes Recht und Tarifdispositivität	240
4. Subsidiäre Geltung der allgemeinen Arbeitsrechtsnormen	240

5. Befristung in der Qualifizierungsphase	241
a) Regelfall der Befristung vor und nach der Promotion	241
b) Anrechnung befristeter Arbeitsverträge	243
c) Nichtanrechnung von Unterbrechungszeiten/Verlängerung des befristeten Arbeitsvertrages	244
6. Befristung wegen Drittmittelfinanzierung	245
7. Angabe des Befristungsgrundes im Arbeitsvertrag	247
8. Privatdienstvertrag	247
H. Die Entfristungsklage	248
I. Klagefrist	248
1. Anwendungsbereich	248
2. Streitgegenstand und Antragstellung	250
3. Nachträgliche Zulassung der Klage	251
II. Rechtsschutzbedürfnis für vorzeitige Klage	251
III. Weiterbeschäftigungsanspruch	252
IV. Einstellungsanspruch	252
V. Darlegungs- und Beweislast	253

5. Kapitel

Einzelne Vertragsklauseln

I. Abgeltungsklauseln	254
II. Abtretungsregelungen	254
1. Einzelvertragliche Abtretungsverbote	254
2. Kollektivvertragliche Abtretungsverbote	255
3. Kostenbeteiligungsregelungen	255
III. Änderungsvorbehalt (Widerrufsvorbehalt)	256
1. Sinn und Zweck	256
2. AGB-rechtliche Einordnung	257
3. Frühere Maßstäbe	258
4. Inhaltskontrolle nach dem AGB-Recht	259
a) Trennung zwischen Inhalts- und Ausübungskontrolle	259
b) Eingriff in das Äquivalenzverhältnis	259
c) Transparenzkontrolle	261
5. Die Maßstäbe der neuen Rechtsprechung des BAG	261
a) Notwendigkeit eines qualifizierten ausformulierten Änderungsvorbehalts ...	261
b) Transparenzgebot	262
c) Ausübungskontrolle	264
d) Besonderheiten bei Altverträgen	264
IV. Anrechnungsvorbehalt	265
1. Sinn und Zweck	265
2. Auslegung	265
3. Unangemessene Benachteiligung	266

4. Transparenzgebot	266
5. Fehlende Anrechnungsklausel	267
V. Arbeitsentgeltvereinbarungen	268
VI. Arbeitszeitflexibilisierung	268
1. Lage der Arbeitszeit	268
2. Dauer der Arbeitszeit	268
a) Maßstäbe für die Inhaltskontrolle	269
b) Vertragsgestaltungsoptionen	271
VII. Aufrechnungsverbot	272
VIII. Ausgleichsklauseln (Verzichtsvereinbarungen)	272
1. Grundsätze	272
2. Auslegung von Verzichtsvereinbarungen	273
3. Inhaltskontrolle	275
4. Insbesondere: Klageverzichtsvereinbarungen	275
IX. Ausschlussfristen (Verfallklauseln)	276
1. Anspruchsvernichtung durch kurze Fristen	276
a) Vertragspraxis	276
b) Frühere Rechtsprechung	277
2. Tarifvertragliche Ausschlussfristen	278
3. Einzelvertragliche Ausschlussfristen	278
a) Grundlagen	278
b) Schutz vor überraschenden Klauseln	278
c) Transparenzgebot	279
d) Ausschluss bestimmter Ansprüche	279
e) Beginn der Ausschlussfrist	280
f) Einseitige Ausschlussfristen	281
g) Zulässige Dauer der Ausschlussfrist	281
h) Zweistufige Ausschlussfristen	283
i) Rechtsfolgen: Unwirksamkeit und Teilbarkeit	285
4. Anwendungsprobleme bei wirksamen Ausschlussfristen	286
a) Reichweite (erfasste Ansprüche)	286
b) Geltendmachung der Ansprüche	287
c) Fristbeginn	288
d) Schriftliche Geltendmachung	290
e) Zweistufige Ausschlussfristen	292
f) Gerichtliche Geltendmachung	293
g) Treuwidrige Berufung auf die Ausschlussfrist	293
h) Hinweis auf tarifliche Ausschlussfristen	293
X. Befristung von Arbeitsbedingungen (Teilbefristung)	295
XI. Beweislastvereinbarungen	297
1. Änderungen der Beweislast	297
2. Tatsachenbestätigungen	298
3. Empfangsbekanntnisse	299
XII. Bezugnahmeklausel auf Tarifverträge	300

XIII. Darlehen	300
XIV. Dienstwagen	300
1. Privatnutzung	300
2. Kostenbeteiligung	301
XV. Entgeltrisiko	302
XVI. Erledigungsklauseln	305
XVII. Flexibilisierung von Arbeitsbedingungen	305
XVIII. Form von Anzeigen und Erklärungen	305
XIX. Freistellungsklausel	306
XX. Freiwilligkeitsvorbehalt	307
1. Sinn und Zweck	307
2. Transparenzkontrolle	308
3. Inhaltskontrolle	310
4. Die Rechtsprechung des BAG	312
XXI. Haftungsregelungen	314
1. Haftung des Arbeitgebers	314
2. Haftung des Arbeitnehmers	315
XXII. Konzernversetzungsklauseln	316
XXIII. Kündigungsfristen	316
XXIV. Kurzarbeitsklauseln	318
XXV. Leistungsfrist	319
XXVI. Leistungsverweigerungsrecht (Zurückbehaltungsrecht)	319
XXVII. Mahnung und Fristsetzung	320
XXVIII. Mankovereinbarungen	321
XXIX. Nachleistungsklauseln	323
XXX. Nebentätigkeitsverbot	324
XXXI. Pauschalierungsvereinbarungen	327
1. Nachtarbeitszuschläge	327
2. Mehrarbeits- und Überstundenvergütung	329
XXXII. Probezeitvereinbarungen	331
XXXIII. Rückzahlungsklauseln, überzahltes Arbeitsentgelt	332
XXXIV. Rückzahlungsklauseln, Weiterbildungskosten	333
1. Sinn und Zweck	333
2. Notwendigkeit einer klaren Vereinbarung	334
3. Kriterien für die Inhaltskontrolle	335
a) Einschränkung der Berufsfreiheit	335
b) Beruflicher Vorteil	336
c) Weiterbildungs- und Bindungsdauer	336

d) Beendigungstatbestände	338
e) Höhe der Rückzahlung	342
4. Rechtsfolgen unwirksamer Rückzahlungsklauseln	343
5. Kollektivvertragliche Rückzahlungsklauseln	344
XXXV. Salvatorische Klauseln	345
XXXVI. Schadenspauschalierungen	346
XXXVII. Schriftformklauseln	347
XXXVIII. Sonderzahlungen	348
XXXIX. Stichtagsregelungen	350
XL. Teilkündigungsklausel	350
XLI. Verjährungsfristen	351
XLII. Versetzungsklauseln	352
XLIII. Vertragspartnerwechsel	352
XLIV. Vertragsstrafen	353
1. Sinn und Zweck	353
2. Einbeziehungskontrolle	354
a) Auslegung einer Vertragsstrafenvereinbarung	354
b) Überraschende Vertragsstrafenklausel	354
3. Inhaltskontrolle	354
a) Prüfungsmaßstab	354
b) Berechtigtes Interesse des Arbeitgebers	355
4. Transparenzgebot	357
a) Grundsatz	357
b) „Vertragsbruch“	358
c) „Schuldhaft vertragswidriges Verhalten“	358
d) „Gravierender Vertragsverstoß“	358
5. Unangemessen hohe Vertragsstrafe	359
6. Sonstige Fälle der „Übersicherung“	361
7. Verschulden	361
8. Rechtsfolgen unangemessen hoher Vertragsstrafen	362
XLV. Verzichtvereinbarungen	363
XLVI. Wettbewerbsverbot	363
XLVII. Widerrufsvorbehalt	364
XLVIII. Zielvereinbarungen	364
XLIX. Zugangsfiktion	366
<i>Stichwortverzeichnis</i>	367